



Aktionsbündnis
TOURISMUS
VIELFALT

Positionspapier

für die Legislaturperiode 2021–2025

1) Politische Rahmenbedingungen



Ausbau der für den Tourismus zuständigen Strukturen und Strategien der Bundesregierung

Um der Bedeutung der Tourismuswirtschaft auf politischer Ebene gerecht zu werden, muss ein personeller und struktureller Ausbau der für den Tourismus zuständigen Bereiche der Bundesregierung erfolgen. Wir brauchen eine bessere Koordination zwischen Bund, Ländern und der EU. Wir sprechen uns zudem dafür aus, die Nationale Tourismusstrategie grundlegend zu überarbeiten und konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsfaktors Tourismus zu entwickeln.



Bessere Datenlage für politische Entscheidungen schaffen

Für politische Entscheidungen ist es essentiell, über ein evidenzbasiertes Gesamtbild des Tourismus zu verfügen. Hierfür bedarf es eines Tourismuszensus, der alle Marktsegmente vollständig erfasst.

2) Konsequenzen aus der Corona-Krise



Umsetzung einheitlicher Strategien zur Krisenbewältigung

Ein Flickenteppich aus unterschiedlichen Länderverordnungen hat während der Pandemie zu Verunsicherung geführt und die Tourismusbranche zusätzlich belastet. Das Aktionsbündnis spricht sich dafür aus, zukünftig einheitliche Maßnahmen und Öffnungsschritte zu verfolgen und diese frühzeitig zu kommunizieren.



Dialog mit der Branche und Anpassung des Pandemieplans

Wir fordern einen direkten Austausch der Spitzenpolitik mit der Tourismusbranche, um Auswirkungen der Pandemie und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Die einzelnen ergriffenen Corona-Maßnahmen müssen zudem nach Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit evaluiert werden.



Einführung eines Krisenstabs

Das Aktionsbündnis regt an, innerhalb der Bundesregierung einen festen Krisenstab zu etablieren, der schnell einsatzbereit ist und zügig wegweisende Entscheidungen fällt.



Touristische Arbeitskräfte fördern

Kurzarbeit und fehlende Perspektiven durch eine mangelnde Öffnungsstrategie haben dazu geführt, dass die Tourismusbranche im Wettstreit um Fachkräfte weiter ins Hintertreffen geraten ist. Die Branche muss ihrerseits Schritte ergreifen, um der Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken und neue Arbeitskräfte für sich zu gewinnen. Sie braucht aber auch die Unterstützung der Politik, um dem Fachkräftemangel effektiver begegnen zu können.

3) Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität



Förderung des klimaschutzbezogenen Umbaus der Touristik

Um klimafreundlich und nachhaltig zu wirtschaften, muss der Tourismus-Wirtschaft der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in allen Bereichen gelingen. Für diesen Umgestaltungsprozess braucht der Tourismussektor eigene Förderprogramme. Zudem spricht sich das Aktionsbündnis für die Einführung einer CO₂-Abgabe mit Zweckbindung für den Klimaschutz aus.



Klimaschutzgipfel

Aus Sicht des Aktionsbündnisses ist ein Klimaschutzgipfel speziell für den Tourismussektor notwendig, um die vielfältigen Handlungsfelder zu analysieren und entsprechende Maßnahmen und Förderprogramme auf den Weg zu bringen.



Etablierung einheitlicher Nachhaltigkeitsstandards

Um nachhaltiges Wirtschaften in den Unternehmen und ihrer Wertschöpfungskette gezielt zu fördern, bedarf es einheitlicher Nachhaltigkeitsstandards für den Tourismussektor, die sich an internationalen Standards orientieren sollten. Hierfür sind Beratung, Förderung und Anreize notwendig, um eine schnelle und reibungslose Etablierung eines solchen Standards zu bewerkstelligen.



Stärkung nachhaltiger Mobilität

Zur Stärkung von nachhaltigem und klimafreundlichem Tourismus fordern wir deutschland- und europaweit einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sowie der öffentlichen Lade- und Tankinfrastruktur für emissionsfreie Mobilität. Gleichzeitig müssen die Entwicklung und Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel – auch zu Luft und zu Wasser - gefördert und attraktiver gestaltet werden. Insbesondere im strukturschwachen Raum wird der Individualverkehr weiter eine wichtige Rolle spielen. Die Transformation zu nachhaltiger Mobilität muss schrittweise und technologieoffen erfolgen.



Förderung grüner Digitalisierung

Grüne Digitalisierung birgt das Potential, ökologische Belastungen erheblich zu verringern und zu geringerem Energie- und Ressourcenverbrauch beizutragen. Für eine solche Umstellung zu grüner Digitalisierung braucht es entsprechender Anreizprogramme für die Unternehmen.

4) Digitalisierung



Verstärkung des Breitbandausbaus

Überall verfügbare schnelle Internetzugänge sind insbesondere für den Tourismusbereich eine unabdingbare Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung, daher fordern wir eine gezielte Verstärkung des Breitbandausbaus in Deutschland.



Einrichtung eines Digitalministeriums

Wir fordern ein eigenes Digitalministerium als zentrale Stelle und Kompetenzzentrum, um die Bemühungen des digitalen Ausbaus und der Weiterentwicklung der Digitalisierung zu bündeln. Dieses soll die Strategie der digitalen Transformation aus einer ganzheitlichen Perspektive heraus entwickeln und leiten.



Differenzierte und evidenzbasierte Digitalgesetzgebung

Wir plädieren für eine differenzierte und evidenzbasierte Regulierung, die den unterschiedlichen Marktrollen von Unternehmen gerecht wird und einen fairen Wettbewerb gewährleistet. Vor dem Hintergrund des auf EU-Ebene geplanten Digital Services Act sprechen wir uns dafür aus, die Grundsätze der e-Commerce Directive beizubehalten.

5) Gründungs- und Innovationsförderung



Förderung von Unternehmertum in Hochschulen und Inkubatoren

Die Förderung einer Gründungs- und Innovationskultur an den Hochschulen sollte gestärkt werden, um Studierenden die Möglichkeit zu geben, ihre Ideen in einem sicheren Umfeld auszureifen. Zudem sollen Gründer durch Inkubatoren in entscheidenden Phasen Unterstützung erhalten.



Schaffung von Förder- und Finanzierungshilfen für Start-ups

Start-ups benötigen leichten und unbürokratischen Zugang zu finanzieller Unterstützung. Die bereits angebotenen Unterstützungshilfen und Förderprogramme der Bundesregierung gilt es zu überprüfen und für Start-up Unternehmen anzupassen, so dass Zugangshürden spürbar gesenkt werden.



Start-ups und kleine Unternehmen entlasten

(Neue) Regulierungen stellen für kleine Unternehmen und insbesondere Start-ups oft eine deutlich schwerere Belastung dar als für große Unternehmen. Deshalb fordern wir, die Belastbarkeit der Unternehmen bei neuen Gesetzesvorhaben und Regulierungen stärker zu berücksichtigen und vermehrt Einstufungen nach Unternehmensgröße vorzunehmen, die Ausnahmeregelungen für kleine und junge Unternehmen beinhalten.



Gezielte Förderung von innovativen Entwicklungen und digitaler Bildung

Zur Steigerung der Innovationkraft des Tourismussektors bedarf es des staatlich finanzierten Aufbaus von Innovationslaboren z. B. an universitären Institutionen. Darüber hinaus spricht sich das Aktionsbündnis dafür aus, die digitale Innovationskultur in Unternehmen über entsprechende Förderprogramme zur Digitalisierung zu stärken.

6) Bildung & interkultureller Austausch



Einführung von Reiseförderprogrammen

Das Aktionsbündnis spricht sich für die Förderung von Reisen, Exkursionen und interkulturellen Austauschprogrammen aus, mit dem Ziel, auch Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien die Teilhabe am kulturellen Kompetenzerwerb zu ermöglichen.



Verbesserung der tourismusbezogenen Bildungsangebote

Das Aktionsbündnis fordert, die Anzahl der Lehrstühle im Bereich Tourismus auszubauen. Zudem fordern wir eine Verbesserung und Förderung der Aus- und Weiterbildungsangebote für Berufe im Tourismussektor. Hierfür streben wir eine hauptamtlich besetzte Koordinierungsstelle an, die die Belange der außerschulischen und außerbetrieblichen Bildung zwischen den Referaten der zuständigen Ministerien vertritt, bündelt und koordiniert.



Aktionsbündnis TOURISMUS VIELFALT

Kontakt:

Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV)

Leonhardsweg 2 | 82008 Unterhaching | Tel. 089 – 61066 729 |

info@tourismusvielfalt.de

www.tourismusvielfalt.de

